

## Antrag

der Abgeordneten Schnedlitz, Dr. Bösch, Laimer, Hoyos-Trauttmansdorff  
und weiterer Abgeordneter

betreffend Beseitigung der Entlohnungs-Ungerechtigkeiten von Soldaten im COVID-Einsatz

**eingebraucht im Zuge der Debatte über den Dringlichen Antrag betreffend Erhöhung der Nettoersatzrate beim Bezug des Arbeitslosengeldes in der 36. Sitzung des Nationalrates, XXVII. GP, am 17. Juni 2020**

Die "Kronen Zeitung" vom 14.06.2020 berichtete über die Entlohnungs-Ungerechtigkeiten der Soldaten im COVID-Einsatz:

*„Unmut bei Milizsoldaten Ankündigung einer Prämie: Schuss ging nach hinten los  
Kommandanten wenden sich an die Ministerin  
Offener Brief für Ende der ungleichen Bezahlung*

*Gleiche Arbeit, gleicher Dienstgrad, aber ungleiche Bezahlung – seit Wochen ist deshalb der Unmut bei den Milizsoldaten enorm. Zehn der 13 Kommandanten der zum Miliz-Einsatz einberufenen Kompanien richten nun in einem offenen Brief, der der „Krone“ vorliegt, klare Worte an Verteidigungsministerin Klaudia Tanner (ÖVP): Sie wollen ein Ende der ungleichen Bezahlung.*

*Verteidigungsministerin Klaudia Tanner am Tag der Miliz vergangenen Dienstag. Das Besoldungsschema des Bundesheeres sorgt seit Wochen für Unmut bei jenen Soldaten, die aufgrund der Corona-Krise zum Miliz-Einsatz einberufen wurden. Denn das Heer unterscheidet in Sachen Bezahlung innerhalb der Miliz zwischen verpflichtend einberufenen und freiwillig gemeldeten Soldaten. Erstere bekommen monatlich um rund 1000 Euro weniger – und das trotz gleicher Arbeit und gleichen Dienstgrads. Dass das ein Problem ist, hat auch Verteidigungsministerin Klaudia Tanner (ÖVP) erkannt, die am Tag der Miliz vergangenen Dienstag wie schon zuvor versprach, dass an einer gesetzlichen Lösung gearbeitet werde. Um die Gehaltskluft etwas zu schließen, stellte sie außerdem eine Prämie in Aussicht: Sie beträgt 1000 Euro für drei Monate im Einsatz – also monatlich 333 Euro. Damit wird die Klluft aber lediglich von 90 auf 60 Prozent reduziert.*

*Benachteiligte fühlen sich „als Soldaten 2. Klasse“*

*Den Unmut bei den Miliz-soldaten konnte die Verteidigungsministerin dadurch nicht verringern – ganz im Gegenteil. Nun haben sich zehn der 13 Kommandanten der zum Miliz-Einsatz einberufenen Kompanien zusammengetan, um sich in einem gestern Nachmittag versendeten offenen Brief, der der „Krone“ vorliegt, an die Ministerin zu wenden.*

*Und dieser Brief, der auch an den Milizbeauftragten Generalmajor Erwin Hameseder ging, spricht eine klare Sprache: „Unsere Milizsoldaten, welche mit Engagement und Eifer ihren Dienst versehen beziehungsweise versehen haben, fühlen sich aufgrund der Entlohnung stark benachteiligt und daher als Soldaten 2. Klasse.“ Außerdem: „Wir Milizsoldatinnen und -soldaten wollen nicht, dass dieser Einsatz als ‚Tagelöhner-*

*Einsatz' in die Geschichte eingeht, sondern als das, was er ist: ein Einsatz für Österreich und seine Bevölkerung.“ Gefordert wird, die Ungleichheiten in der Besoldung zu beheben.*

*Was so nicht im Brief steht, aber hinter vorgehaltener Hand gesagt wird: Der Unmut über die Prämie ist enorm. Das untermauert auch ein Mail, das ein Soldat vor wenigen Tagen unter anderen an Hameseder schickte und das der „Krone“ ebenso vorliegt. Darin steht etwa: „Diese propagierten 1000 Euro für 90 Tage Einsatz sind keine Wertschätzung oder Prämie, diese sind einfach nur Verhöhnung und ein Schlag ins Gesicht jedes einzelnen Milizsoldaten und zeigt nur, was wir wirklich für die Vertreter des Österreichischen Bundesheeres sind: billige Arbeitskräfte!“ Ein anderer Milizsoldat schreibt in einem Facebook-Posting sogar von „Hochverrat der Politik an uns Milizsoldaten“.*

Auf der anderen Seite wird ein 450 Millionen Euro schweres staatliches Rettungspaket für die AUA, die zu 100 Prozent zur deutschen Lufthansa gehört, ermöglicht. Das Politik-Institut der Uni Wien vermisst dazu noch eine Gegenleistung für den Zuschuss-Teil von 150 Millionen Euro, so „Die Presse“ vom 09.06.2020.

Somit sollten erst recht auch die finanziellen Mittel für die gerechte Entlohnung unserer Soldaten im Einsatz vorhanden sein.

Um das Gehaltsdelta zwischen Einsatzpräsenzdienst-Milizsoldaten und freiwillig waffenübenden Milizsoldaten kurzfristig zu schließen, sollte die Anerkennungsprämie auf die Höhe der Einsatzzulage angehoben werden. Tanners präsentierte Anerkennungsprämie von 1.000 Euro für den gesamten Einsatz kompensiert den Betrag nur um 333 Euro monatlich. Das ergibt noch immer ein Minus von rund 60%, die Einsatzpräsenzdienst-Soldaten weniger verdienen als freiwillig-waffenübende Milizsoldaten.

Langfristig braucht es eine Gesetzesänderung im Heeresgebührengesetz dahingehend, dass auch Einsatzpräsenzdienstsoldaten in den Genuss einer Einsatzprämie kommen.

In diesem Zusammenhang stellen die unterfertigten Abgeordneten daher folgenden

### **Entschließungsantrag**

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass als kurzfristige Ausgleichsmaßnahme zur Beseitigung der Entlohnungs-Ungerechtigkeiten bei Soldaten im COVID-Einsatz die Anerkennungsprämie auf die Höhe der Einsatzzulage angehoben wird und weiters das Heeresgebührengesetz dahingehend geändert wird, dass auch Einsatzpräsenzdienstsoldaten eine Einsatzprämie bekommen.“

*Robert Samzard* *Se* *Se*

*Se*

